



**Die Gewerkschaft.
Le Syndicat.
Il Sindacato.**

Rede zur Vortagsfeier zum 1. Mai, Beinwil am See
Anna-Maria Leo, Gewerkschaftssekretärin Unia Aargau-Nordwestschweiz

(Es gilt das gesprochene Wort)

Liebe Kolleginnen und Kollegen

Ich begrüsse Euch herzlich zur Vortagesfeier zum 1. Mai hier in Beinwil am See. Als Gewerkschaftssekretärin und Frauenbeauftragte der Unia in der Region Aargau-Nordwestschweiz, freue ich mich besonders, dass dieser 1. Mai unter dem Motto der Lohngleichheit steht. In meinem Berufsalltag arbeite ich mit vielen Frauen zusammen, die bereits seit Jahren – oft seit Jahrzehnten – für die Lohngleichheit kämpfen. Dass die Lohngleichheit an diesem 1. Mai in der gesamten Schweiz im Zentrum stehen wird, ist ein starkes Zeichen für sie und für alle Frauen in der Schweiz. Ich spreche heute für alle Frauen, die seit Jahren von Lohnungleichheit betroffen sind und die mit viel Kraft und Ausdauer gegen diese Ungerechtigkeit ankämpfen.

Und Ausdauer braucht man in diesem Kampf für die Lohngleichheit. Bereits seit 37 Jahren verlangt die Schweizer Verfassung die Gleichstellung von Mann und Frau. Seit 22 Jahren verlangt das Gleichstellungsgesetz gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit.

Auf dem Papier gibt es die Lohngleichheit also, in der Realität sieht es aber ganz anders aus: Noch heute verdienen Frauen für die gleiche Arbeit fast 20 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen. Pro Monat bedeutet das, dass eine Frau mit gleicher Ausbildung, Berufserfahrung und identischem Jobprofil wie ein Mann in der Schweizer Privatwirtschaft fast 600 Franken weniger verdient. Diese Lohndifferenz ist allein durch Diskriminierung erklärbar.

Und sie hat weitreichende Folgen – für die ganze Gesellschaft. Die Lohndiskriminierung führt dazu, dass Frauen weniger zum Familieneinkommen beitragen können, aber auch, dass sie später eine tiefere Rente erhalten werden. Insbesondere für Mütter mit Teilzeitjobs, um Familie und Beruf zu vereinbaren, ist damit die Altersarmut vorprogrammiert. Die Lohndiskriminierung ist damit eine grosse Belastung für die betroffenen Frauen, und gleichzeitig ein grosses Problem der ganzen Gesellschaft.

Zurzeit läuft im Parlament die seit langem benötigte Revision des Gleichstellungsgesetzes. Doch die Änderungen, die das Parlament nun plant, gehen nicht weit genug. Es scheint, dass der Kampf der Arbeitgeber gegen die Lohngleichheit erfolgreich ist. Sie setzen alles daran, die Frauen nicht als billige Arbeitskraft zu verlieren. Deshalb lobbyieren sie massiv, dass es zu keiner Verbesserung im Gleichstellungsgesetz kommt. Und im bürgerlichen Flügel des Parlaments scheinen sie Gehör zu finden. Bis jetzt sieht der Plan zur Revision des Gesetzes keine ernstzunehmenden Änderungen vor: Es soll weiterhin auf die Freiwilligkeit der Arbeitgeber gesetzt werden, um Lohngleichheit durchzusetzen. Dass Arbeitgeber eben das seit Jahren zu ihren Gunsten ausnutzen und damit die Lohnungleichheit fördern, wird schlichtweg ignoriert.

Die Diskriminierung der Frau hat System. Wenn es um die Rechte der Frauen geht, dauerte es in der Schweiz schon immer ewig: So dauerte es rund 100 Jahre für ein nationales Frauenstimmrecht, 60 Jahre für eine Mutterschaftsversicherung und nun bereits 37 Jahre für die Lohngleichheit.

Es reicht! Es ist höchste Zeit, dass Frauen nicht mehr länger aufgrund ihres Geschlechts als billige Arbeitskraft ausgenutzt werden können. Es ist höchste Zeit, der Praxis der Arbeitgeber einen Riegel vorzuschieben. Es braucht ein verbessertes Gleichstellungsgesetz mit zwingenden Lohnkontrollen, einer Anpassung von diskriminierenden Frauenlöhnen und der Androhung hoher Bussen! Und wir brauchen all das jetzt!

Gewerkschaften, Frauenorganisationen und viele weiteren solidarische Organisationen kämpfen gemeinsam dafür, dass das Parlament noch dieses Jahr eine ernsthafte, politische Lösung für die Lohnungleichheit in diesem Land vorlegt. Wir kämpfen dafür, dass die Interessen der Arbeitgeber nicht länger über die Interessen der Frauen gestellt werden. Wir kämpfen dafür, dass Arbeitgeber in Zukunft durch Lohnkontrollen und Sanktionen zur Verantwortung gezogen werden können.

Heute und bei den 1. Mai-Feiern morgen fordern wir gemeinsam die Lohngleichheit. Aber das alleine wird nicht ausreichen! Wir müssen sichergehen, dass wir gehört werden. Wir müssen sicherstellen, dass die Lohndiskriminierung der Frauen beendet wird. Deshalb muss unser Einsatz für die Lohngleichheit auch nach dem 1. Mai weitergehen. Um zu zeigen, dass wir unsere Forderung nach einer ernsthaften Revision des Gleichstellungsgesetzes ernst meinen, demonstrieren wir am 22. September auf dem Bundesplatz in Bern.

Seid dabei und setzt Euch ein für Eure Mütter, Frauen, Töchter, Schwestern, Nichten und natürlich auch für Euch selbst. Schluss mit der Diskriminierung der Frauen in der Arbeitswelt! Wir warten nicht mehr länger! Es braucht die Lohngleichheit jetzt. Punkt. Schuss!

Vielen Dank für Eure Aufmerksamkeit!